

Gemeinderatssitzung 25. November 2015

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 1 Haushaltsplan 2015 und Finanzplanung 2015 - 2019

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

der uns vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist **aus Sicht der Stadt** in sich „stimmig“. Die Ausführungen von Ihnen Herr Oberbürgermeister und Ihres Kämmerers, Herrn Kiedaisch, weisen auf eine Haushalts- und Finanzsituation hin, die unter anderem geprägt ist von hohen Investitionen, Ausgaben- und Personalkostensteigerungen und notwendige Maßnahmen, insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung.

Wie in der Vorlage 186/15 zur Haushaltskonsolidierung aufgeführt wird, verweist die Verwaltung auf die dringende Notwendigkeit der Reduzierung der Aufwendungen.

Beispielhaft seien hier unter anderem erwähnt Maßnahmen bzw. Feststellungen wie

- *Reduzierung des Aufwands*
 - *Überprüfung und Anpassung von Gebühren/Aufwendungen und Steuererhöhungen.*
- oder Fragestellungen wie:
- *Kann auf die Aufgabe vollständig oder teilweise verzichtet werden?*

Antworten auf diese selbst gestellten Fragen und Ziele der Verwaltung haben wir dem HH-Planentwurf nur schwerlich entnehmen können.

Dagegen fällt uns beim HH-Planentwurf die drastische Zunahme von Personalstellen und Personalkosten auf.

Wir vermissen in der Verwaltung einen ausgeprägten Sparwillen. Statt die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, wird munter geplant und investiert. Ich werde dies nachher bei unseren Anträgen konkretisieren.

Dagegen beklagt die Verwaltung:

„Trotz gestiegener Steuereinnahmen kann dieses Defizit aus dem laufenden Haushalt strukturell nicht mehr gedeckt werden.“

So wird mit einem strukturellen Delta/Defizit in der Größenordnung von 5 – 7. Mio. € im Zeitraum von 2016-2018 gerechnet. Die Verwaltung kommt zum Schluss: Dass der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht mehr ausreichen werde, **um notwendige Investitionen und Baumaßnahmen zu finanzieren.**

Dahinter verbirgt sich wohl das Ansinnen von „maßvollen“ Steuererhöhungen in den nächsten Jahren wie Sie, Herr Oberbürgermeister, in der Lokalpresse am 22.4. diesen Jahres verlauten ließen. Es ist sicherlich nicht verwunderlich, dass wir FDP Stadträte, solange es noch Einsparpotentiale gibt, das Allheilmittel nicht in Steuererhöhungen sehen.

Betrachten wir dazu die Kostenentwicklung beim Personal:

2014 hatten wir lt. Plan und wie in der IHK Studie dargestellt 1071 Stellen, davon waren aber 14 Stellen weniger, also nur 1057 Stellen besetzt

2015 waren es dann schon 1 113 (ein Plus von 56 Stellen)

2016 sollen es dann 1 180 werden. Dies ergibt ein Plus von 65 Stellen. Schließt man die bisher 14 Unbesetzten hinzu, wächst das Personal um 109 bzw. bzw. 123 Stellen. Damit sind Kostensteigerungen von insgesamt rund 6,15 Mio. € verbunden, die Personalkosten steigen auf knapp 75 Mio. €. **Dies entspricht einer Steigerung von 11 Mio. innerhalb von 3 Jahren!**

**Hier stellt sich für die FDP die Frage: Wie lange geht diese Entwicklung noch gut?
Wie soll das – mit dem Sparen - weitergehen?**

Die FDP setzt sich ein für einen generationengerechter Haushalt. Wir sind deshalb der Auffassung, dass man nur so viel ausgeben kann, wie man einnimmt. Die Fach - Budgets haben sich nach den Einnahmen zu richten, nicht nach den Ausgaben! Deshalb wird deutlich, wir müssen den Fokus auf die Personalkosten und Investitionen richten.

Ludwigsburg hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Wir FDP Stadträte wollen diese Entwicklung wie bisher positiv begleiten und unterstützen weiterhin die vielfältigen Aktivitäten aus allen Bereichen

- der Kunst- und Kultur,
- des Freizeit- und Leistungssport,
- ebenso die zahlreichen sozialen und karitativen Einrichtungen.
- Wir haben ein offenes Ohr für die Sorgen und finanziellen Wünsche von Vereinen und Institutionen, die ihre Arbeit zu einem großen Teil durch ehrenamtliches Engagement bestreiten.
- Wir schließen hier ausdrücklich die ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für die Asylbewerber mit ein.

Dieses hohe finanzielle Engagement bildet sich auch im Haushalt 2016 ab. Die Transferleistungen belaufen sich auf rund 31 Mio. €. **Das ist gut so. Hier wollen wir keine substantiellen und finanziellen Abstriche machen.**

Zurückhaltend sind wir jedoch bei **Projekten**, die manche als „Highlight“ bezeichnen, wir jedoch der Auffassung sind, dass es sich wohl nur um kurzzeitige „Höhepunkte“ ohne große Nachhaltigkeit handelt, wie z.B. bei geplanten Lichtinstallationen, die nach kurzem Höhepunkt verglühn.

Es wird viel – **auch unnütz** - geplant. Ein bezeichnetes Beispiel dafür sind die Straßenpläne im Westen H4B4. Das kostet den Steuerzahler viel Geld. Wir sind der Auffassung, man solle nur das planen, was auch eine realistische Aussicht auf Umsetzung hat.

Seit 2008 wird munter am Langzeitprojekt **Innenstadtentwicklung** geplant, Studien entwickelt und wieder verworfen. In der Substanz und in den Grundaussagen und Analysen hat sich nichts Wesentliches geändert. Hier kann man nur hoffen, dass sich bald etwas bewegt und wir Teile des Projektes „ZIEL“ umsetzen können. Doch auch hier sei angemahnt: Die Projekte und Maßnahmen müssen auch finanziell gestemmt werden können.

Unsere Anträge, die ich kurz erläutern werde, dienen dem Ziel der Kostenreduzierung und der Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Freizeitqualität in dieser Stadt.

So wollen wir **die Personalkostensteigerungen reduzieren** und haben dazu 4 Anträge:

Antrag 1 lautet: Verzicht auf eine weitere Personalstelle bei der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/Gremien. Hier ist eine interne Umbesetzung anzustreben.

Auch die Umsetzung zweier Projekte bedürfen aus unserer Sicht keine neues Personal: Deshalb unser Antrag 2 zu den Kleingärten Römerhügelweg

Hier kann auf die Einstellung einer Personalstelle für das Projekt Kleingärten Römerhügel (vgl. Vorl. Stellenplan 366/15 S. 2/2) verzichtet werden.

Die Verlagerung der Kleingartenanlage „Frommann-Kaserne“ ist im Jahr 2016 nicht zwingend erforderlich. Die Wohnbebauung im Bereich Römerhügel kann ohne die Planung der Kleingartenanlage erfolgen.

Das Gleiche gilt für das Projekt Walkerpark. Dazu unser Antrag 3:

Hier soll im vorausseilenden Gehorsam eine Stelle geschaffen werden. Auch hier kann die Verwaltung auf die Einrichtung der Personalstelle „Projektleitung“ für das Projekt „Walkerpark“ verzichten (Stellenplan, Vorl. 366/15 S. 2/2),

denn:

- die Umsetzung des Projektes (Kostenschätzung 2,1 Mio. €) ist nicht beschlossen und findet in der Priorisierung der Investitionsmaßnahmen ja auch keine Berücksichtigung!!

Im Fachbereich Sport und Gesundheit sehen wir durchaus Handlungsbedarf. Wir sind nicht „personalfeindlich“. Durch die Schaffung des Fachbereichs Sport und Gesundheit und die Ausweitung des Arbeitsgebietes (Gesundheit) entsteht ein höherer Arbeitsaufwand.

Deshalb lautet unser **Antrag 4:**

Dem Fachbereich Sport und Gesundheit im Dezernat III wird aus vorhandenem Personalbestand/Stellenplan eine Stelle zugeteilt. Durch die Umschichtung aus vorhandenen Personalressourcen entsteht kein Mehraufwand und dies ist stellen- und kostenneutral. Die im HH-Plan **neu** eingestellten Kosten von 53 000 € sind nicht notwendig.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit - Publikationen sehen wir ebenso Einsparpotentiale. Deshalb unser

Antrag 5 auf die Einstellung von entsprechenden Publikationen.

Diese können in den unterschiedlichsten Stadtteilblättern und in der Tagespresse erfolgen.

Kommen wir zum Thema Lärm: Mit großer Bürgerbeteiligung wurde ein Lärmaktionsplan mit den Zielen der Lärmminderung, Lärmverlagerung und Lärmvermeidung (u.a. Vorlagen 250/15 und 293/15) erarbeitet und verabschiedet. Hier geht es (s. Anlage zur Vorlage 293/15) um selbst formulierte Ziele wie „Gesundheitsschutz, Lebensqualität, Freiraumqualität, Stadtverträglichkeit, Abbau von sozialer Benachteiligung, Erhalt von Wohnraum, bzw. Abbau lärmbedingter Mietminderung.“

Nur wenige Investitionen im Haushaltsplan 2016 sind dazu zu finden. Lediglich 100 000 € sind in 2017 eingestellt. Wir fragen uns: Wo bleibt hier die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger? Deshalb dazu unsere Anträge **6+7** mit dem Ziel der Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Freizeitqualität.

Antrag 6: Dieser lautet:

Die Stadtverwaltung erarbeitet zeitnah ein Konzept zur Lärmreduzierung entlang der Frankfurter Straße (und angrenzenden Wohngebieten) unter Einbeziehung von „Grünen Wänden“ und Tempolimits.

Nachdem die Verkehrspläne H4B4 durch die Bevölkerung abgelehnt wurden - und Sie Herr Oberbürgermeister eine Tunnellösung nicht wollen - ist es dringend geboten, lärmmindernde Maßnahmen entlang der Frankfurter Straße zu ergreifen.

Ich erinnere: Der Lärmaktionsplan sieht dafür Pflichtmaßnahmen vor.

Des Weiteren wollen wir eine Verbesserung der Fußgängersicherheit und der Reduzierung der Unfallhäufigkeit. Dies wollen wir durch unseren

Antrag 7 zum Lärmaktionsplan – Tempo-30 erreichen.

Dieser lautet:

In der in der Rob.- Franck-Allee und in der Aldinger Straße wird generell eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo-30km/h eingeführt.

Wir wollen, dass es auch in anderen Bereichen voran geht: Beispiel:

Die Verwaltung kommt bei der Neuorganisation der Stadtteilausschüsse nicht zu Potte.

Unser Antrag 8 befasst sich damit:

Wir wollen, dass

1. Pflugfelden mit der Weststadt im Stadtteilausschuss „West“ zusammengelegt und weitere Stadtteilausschüsse gebildet werden:

2. Der Stadtteilausschuss „Ost“ umfasst die Oststadt und das Schlößlesfeld

3. Ein weiterer Stadtteilausschuss „Mitte“ könne die Innen- und Südstadt umfassen.

Wir begrüßen nachdrücklich die **interkommunale Zusammenarbeit**. Die gemeinsame Sitzung mit dem Kornwestheimer Gemeinderat war ein guter Anfang. Ob dabei das Thema **„Bäderkommission“** der richtige Auftakt war, wird von manchen bezweifelt. Für dieses in beiden Gemeinderäten nicht unumstrittene Projekt soll eine Kommission eingerichtet werden. Wir wollen dazu eine breite Beteiligung – auch von externen Fachleuten. Deshalb unser

Antrag 9 zur Einbeziehung und Besetzung von externen Fachleuten. Hierzu sollen sachkundige Vertreter aus den Bereichen Sport (z.B. Stadtverband, SVL, DLRG) und Staatl. Schulamt (Schulen) berufen werden.

Und last but not least unser **Antrag 10** zu

Investitionen + Sonderprojekte – „Ranking“

Wir wollen, dass diese Verwaltung eine Vorschlagsliste der Investitionen von im Haushaltsplan aufgeführten Sondermaßnahmen/Projekten zur Priorisierung und Entscheidung vorlegt.

Analog zur Vorschlagsliste der Investitionen im Hochbau (Vorlage 218/15) sind im Haushalt eine Reihe weiterer Sondermaßnahmen mit pauschalen Ansätzen von Bauraten für die nächsten Jahre eingestellt, die einer Priorisierung/Ranking durch den Gemeinderat bedürfen. Dies gilt auch für geeignete Radwege, die wir im Grundsatz befürworten.

Abschließend möchten wir uns bei allen städtischen Fachbereichen und Leitungen, insbesondere bei Ihnen Herr Kiedaisch und Ihrer Mannschaft für die Arbeit für diesen Haushalt recht herzlich bedanken.

Ebenso danken wir allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die durch ihr Engagement sich aktiv in die Stadtgesellschaft einbringen und dazu beitragen, Ludwigsburg zu einer attraktiven und lebenswerten Stadt zu machen.

Recht herzlichen Dank.

Jochen Eisele
Keltenstr.1, 71640 Ludwigsburg
Tel.: 07141-86 08 92, Fax: 07141-564487,
Mail: jocheneisele@me.com

Johann Heer
Nettelbeckstr.35, 71636 Ludwigsburg
Tel.: 07141-46 49 62, Fax: 07141- 44 63 46
Mail: johann.heer@t-online.de